

Infoblatt Offshore Standorte

Kleinststaaten oder Territorien von Industriestaaten als besondere Standorte des Kreditwesens

Durch die Entwicklung der Globalisierung steigt nicht nur der Handel mit Waren weltweit immer weiter an, auch für Kapital werden die Grenzen immer durchlässiger. Gerade der Handel und der Tausch von Währungen, Wertpapieren usw. auf den modernen Finanzmärkten kennen keine Grenzen mehr. Weltweit lassen sich von jedem Ort aus zur jeder Zeit beispielsweise Aktien via Internet kaufen und verkaufen, Währungen können getauscht, Investitionen getätigt werden usw. Keine anderen Märkte sind so weit globalisiert wie die Kapital- oder Geldmärkte, was nicht nur vielen Banken, die ständig bestrebt sind, das Anlagekapital zu vermehren zugute kommt, sondern auch privaten Anlegern.

Aber diese grenzenlose Offenheit für den Geldverkehr birgt auch Gefahren. Denn der Geldverkehr wird immer unübersichtlicher, es öffnen sich beispielsweise Steuerschlupflöcher, deren Nutzung legal, wie illegal sein kann. Darüber hinaus eröffnet sich die Möglichkeit der sog. "Geldwäsche", d. h. Geld, das aus illegalen Einnahmequellen stammt lässt sich leichter in "legales Geld" über mehrfache, undurchsichtige Buchungen umwandeln.

Eine besondere Rolle bei den genannten Vorgängen spielen die sog. Offshore-Zentren. Dabei handelt es sich um Kleinststaaten oder um Territorien von Industriestaaten, die als besondere Standorte des Kreditwesens ausgewiesen sind. Beispiele sind Länder wie Vanuatu oder Nauru im Pazifik, die Cayman Islands sowie die Bahamas im Atlantik oder Liechtenstein mitten in Europa. Auch innerhalb größerer Staaten gibt es solche Territorien wie z. B. Hongkong oder die zu Großbritannien gehörenden Kanal-Inseln, die zu Fluchtplätzen vor den Finanzämtern wurden. Vor allem Tochterfirmen von Banken, Versicherern sowie verschiedenen Fondsgesellschaften und Holdings siedeln sich in diesen Gebieten an und tätigen dort Geschäfte. Vom Internationalen Währungsfond (IWF) wurde geschätzt, dass in den etwa 30 Offshore Standorten weltweit ein Vermögen von ca. 5 Billionen US-\$ verwaltet wird. Das ist ungefähr das Zweieinhalbfache der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung.

Wie funktionieren diese Offshore-Zentren? Ihre Standortvorteile lassen sich auf zwei Argumente reduzieren. Zum einen ist es die prinzipielle Steuerfreiheit für ausländische Tochterunternehmen. So erregte beispielsweise der Fall eines badischen Pharmaunternehmens Aufsehen, da die Holding der Firma auf die Bahamas verlegt wurde. Beim anschließenden Verkauf der Firma an ein größeres Unternehmen mussten keinerlei Steuern auf die Höhe des Verkaufspreises entrichtet werden. Damit sind dem deutschen Fiskus rund acht Milliarden DM an Einnahmen entgangen. Derlei Transaktionen sind dabei weder illegal noch unüblich.

Ein weiterer Standortvorteil besteht darin, dass in den Industriestaaten üblicherweise vielfältige Gesetze und Regeln bestehen, die alle Arten von Geschäften regulieren und absichern sollen. Nicht zuletzt soll auch der Verbraucher vor allzu riskanten Tätigkeiten geschützt werden. In den Offshore-Zentren gelten genau diese Gesetze nicht oder wenn sie gelten, werden sie nicht unbedingt überprüft und eingehalten. Daher besteht ein Anreiz innerhalb der Offshore-Gebiete all die Geschäfte durchzuführen, die andernorts nicht gestattet wären. So besteht z. B. für Versicherungen oder Banken, bzw. deren Managern oder Angestellten, die Möglichkeit spekulativer und damit riskanter Anlagen über den Umweg der Offshore-Finanzplätze, was ihnen in ihren Industriestaaten untersagt wäre.

Beide genannten Punkte tragen zu einer Destabilisierung des weltweiten Finanzsystems bei; u. a. wird das System des Offshore-Bankings nicht zuletzt für die großen Finanzkrisen der 1990er Jahre verantwortlich gemacht. Die bekannteste war die sog. Asien-Krise, bei der zahlreiche asiatische Bankhäuser Konkurs anmelden mussten und das angelegte Vermögen tausender Kunden verschwand. Aufgrund dieser Gefahren wird seit vielen Jahren von Kritikern gefordert, die Steueroasen zu "schließen" bzw. in den Industrieländern per Gesetz dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten, solche Angebote zu nutzen, minimiert werden. Demgegenüber steht eine mächtige Lobby des Banken- und Versicherungsgewerbes in den Industriestaaten, die die Vorteile zu nutzen wissen und diese nicht missen wollen. Dennoch geraten v. a. die Standorte außerhalb der großen Industrieländer immer häufiger ins Blickfeld der Aufsichtsbehörden, die zunehmenden Druck ausüben.

Quellen:

Quelle: Geographie Infothek

Autor: Alexander Grimm

Verlag: Klett

Ort: Leipzig

Quellendatum: 2004

Seite: www.klett.de

Bearbeitungsdatum: 17.05.2012

Autor/Autorin:

Alexander Grimm

<http://www.klett.de/terrasse>

Letzte Änderung: 30.07.2014